



## **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**

### **10. Sitzung (öffentlich)**

30. Januar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Günter Labes

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)**

**3**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/1400

Vorlage 16/486 – Erläuterungsband zum Einzelplan 05

Vorlage 16/578 – Beantwortung der schriftlichen Fragen der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 05 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten an.

**2 Anmeldeverfahren an weiterführenden Schulen 13**

Vorlage 16/568 – Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss führt eine Aussprache über den Bericht der Landesregierung – Vorlage 16/568 – durch.

**3 Inklusion: Landesregierung muss (Rechts-)Unsicherheit beenden und endlich Gesetzentwurf vorlegen 17**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 16/1907

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/1956

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen. Zeitpunkt und Details werden die Obleute festlegen.

**Nach Abhandlung der Tagesordnung 19**

\* \* \*

## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Wolfgang Große Brömer** teilt mit, Ministerin Löhrmann habe sich bereits Anfang Januar in einem Schreiben für die heutige Sitzung entschuldigt, da sie in Vertretung der Ministerpräsidentin Kraft an der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestags für die Opfer des Nationalsozialismus teilnehme.

### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/1400

Vorlage 16/486 – Erläuterungsband zum Einzelplan 05

Vorlage 16/578 – Beantwortung der schriftlichen Fragen der Fraktionen

**Vorsitzender Wolfgang Große Brömer** weist darauf hin, die Fraktionen hätten keine Änderungsanträge vorgelegt.

**Petra Vogt (CDU)** führt aus, der Einzelplan 05 stelle mit einem Anteil von 25,2 % an den Gesamtausgaben den größten Einzeletat dar. Wie bereits bei der Diskussion über den Haushalt 2012 erkenne ihre Fraktion auch in diesem Haushalt keinen ernsthaften Sparwillen.

Wenn man mit den kommenden Generationen nicht verantwortungslos umzugehen beabsichtige, indem man allein ihnen die Schulden und deren Tilgung aufbürde, müsse zur Konsolidierung der Landesfinanzen auch der Schulhaushalt in den Blick genommen werden. Die CDU-Fraktion habe sich überlegt, wie im Schuletat ebenfalls Einsparungen dargestellt werden könnten, die nicht zulasten der Unterrichtsversorgung gingen. Das könne bei dem großen Anteil der Personalkosten in diesem Einzelplan nur geschehen, indem über eine Veränderung des Systems nachgedacht werde.

Nach amtlichen Untersuchungen verbrächten Lehrer ein Zehntel ihrer Arbeitszeit mit sogenannten nichtunterrichtlichen Tätigkeiten. Dazu zählten neben unverzichtbaren Pflichten sehr viele bürokratische Aufgaben, worunter die Lehrer litten und die aus Sicht der CDU-Fraktion besser durch anderes Fachpersonal erledigt werden könnten. Ihre Fraktion vermute, dass die Lehrer auch sehr froh wären, wenn man sie von diesen bürokratischen Tätigkeiten entlastete, weil sie dann für ihre eigentliche Unterrichtsarbeit über mehr Zeit verfügten.

Die CDU-Fraktion spreche sich für die Einstellung von Schulassistenten aus, die diese Pflichten für die Lehrer übernähmen, damit die Lehrer ihrer eigentlichen Unterrichtstätigkeit besser nachgehen könnten. Wenn diese Einstellungen erfolgten, wäre

die Konsequenz, dass entsprechende Mittel aus dem Schulhaushalt abgeschöpft werden könnten, da das nicht zulasten der Unterrichtsversorgung ginge. Deshalb wolle ihre Fraktion aus den demografischen Gewinnen von 470 Millionen €, belegt durch ein Gutachten, 300 Millionen € zur Entlastung des Landeshaushaltes bis 2017 abschöpfen und 170 Millionen € für den wichtigen Bereich der Inklusion und für besseren Ganztagsunterricht zur Verfügung stellen.

Das betreffe nämlich einen weiteren Kritikpunkt der CDU-Fraktion an diesem Haushalt, dass keine Prioritätensetzung erkennbar sei. Wenn man das wichtige Thema Inklusion verantwortungsvoll und qualitativ hochwertig umsetzen möchte, müsse man dafür auch Ressourcen bereitstellen.

Das heiße, die Regierungskoalition mache weiter hohe Schulden und setze gleichzeitig falsche Prioritäten. Ein kleines Beispiel dafür habe man in diesen Tagen gehört. Alle würden das Urteil kennen, dass Lehrer die Klassenfahrten nicht mehr selber bezahlen müssten. Dieser Haushalt weise dafür keinen Ansatz auf mit der Konsequenz, dass pädagogisch wichtige Fahrten eventuell ausfielen. Gleichzeitig enthalte dieser Haushalt aber 2,5 Millionen € für ein neues Landesinstitut, dessen Aufgabe ihrer Fraktion unklar sei. Deshalb werde sich die CDU-Fraktion dagegen aussprechen.

Die Anträge zum Haushalt werde die CDU-Fraktion insgesamt im Haupt- und Finanzausschuss stellen. Diese würden von ihrer Fraktion auch noch präsentiert werden. In der vergangenen Woche habe ihre Fraktion das schon für alle Bereiche zusammenfassend dargelegt. Zu dem Thema Klassenfahrten werde die CDU-Fraktion im kommenden Plenum einen Antrag einbringen.

Den vorliegenden Einzelplan 05 werde ihre Fraktion ablehnen.

**Birgit Rydlewski (PIRATEN)** dankt zunächst für die schriftliche Beantwortung der Fragen und für den detaillierten Erläuterungsband zum Einzelplan 05 und trägt dann zum Haushalt vor, die Regierung spreche von verantwortungsvoller Finanzpolitik und Investitionen in die Zukunft, von einer Politik der Prävention und davon, kein Kind zurückzulassen. An diesen Kriterien müsse sie sich messen lassen.

Im vorliegenden Einzelplan für das Ministerium für Schule und Weiterbildung sähen die Piraten dies nicht verwirklicht. Wichtige Investitionen in die Zukunft würden vernachlässigt. Zwar werde die Ausstattung der Schulen mit Lehrerstellen aus sogenannten Demografiegewinnen minimal verbessert, doch die strukturellen Defizite würden auf diese Weise nicht angegangen. Dazu bedürfe es entschiedenerer Maßnahmen.

Zu dem möglichen Verweis auf die Schuldenbremse sage ihre Fraktion, wenn die Konsolidierungsbemühungen dazu führten, dass dringend notwendige Investitionen ausblieben, sei das nicht verantwortlich gegenüber den kommenden Generationen und keine nachhaltige Finanzpolitik. Denn dann würden die Lasten genauso den kommenden Generationen aufgebürdet, als wenn man weiter ungebremst Kredite aufnähme. Im Bereich Bildung sei das vielleicht noch schlimmer, weil Versäumnisse in diesem Aufgabenfeld kaum wieder ausgeglichen werden könnten. Während die

Sanierung einer Straße vielleicht einmal um zwei Jahre hinausgezögert werden könne, sei ein Kind, das durch ausbleibende Förderung schulmüde werde, oftmals nie wieder für Bildung zu begeistern.

Zur Klarstellung: Die Piraten träten nicht für mehr Schulden ein. Die Neuverschuldung zurückzuführen, sei grundsätzlich wünschenswert, doch müssten die Lasten dabei fair verteilt werden. Nach einem Pressezitat halte Ministerpräsidentin Kraft das Einhalten der Schuldenbremse ohne zusätzliche Einnahmen für möglich. Den Piraten sei schleierhaft, wie das gehen solle. Das führe zu der Frage, ob die Landesregierung glaube, dann noch eine hochwertige Infrastruktur in Schuss halten zu können.

In den Schulen des Landes gebe es zu wenig Lehrerinnen und Lehrer. Die Probleme seien nicht neu, sondern lange bekannt. Dazu nenne sie das Stichwort Kienbaum-Lücke. Weiterhin fehlten über 4.000 Lehrer. Dieser Sachverhalt sei in den letzten Jahren zwar immer wieder diskutiert worden, aber konkrete Pläne, um dieses Problem zu beheben, existierten nicht. Diesbezüglich allein auf demografische Rendite zu hoffen, sei zu kurz gedacht.

Das Thema Unterrichtsausfall und Vertretung werde von der Landesregierung derzeit gar nicht behandelt.

Es sei das richtige Ziel, kein Kind zurückzulassen. Immer noch verließen zu viele Kinder und Jugendliche die Schulen ohne Perspektiven, und nach wie vor hänge der Schulerfolg zu stark vom Elternhaus ab. Individuelle Förderung sei geboten, doch dafür würden Zeit und entsprechende Lehrerstellen benötigt.

Im Zusammenhang mit Inklusion und individueller Förderung werde die Bedeutung der Lehrerfortbildung immer wieder betont. Aber zum Beispiel für die Vertretung der Ermäßigungsstunden für die berufsbegleitende Ausbildung für den Erwerb des Lehramtes für sonderpädagogische Förderung werde gar keine Anrechnung eingeplant. Diese Belastung werde den Kollegen einfach aufgebürdet.

Nach dem Haushaltsentwurf würden 247 Lehrerstellen abgesetzt. Zudem sollten zum 1. August nochmals 704 Stellen wegfallen. Die Piraten meinten, dass auf diesen Stellenabbau verzichtet werden müsse und dass diese Stellen stattdessen dafür eingesetzt werden sollten, Belastungsspitzen abzufedern und für besondere Förderbedarfe einzusetzen.

Noch ein Beispiel für wenig verantwortungsvolle Haushaltspolitik: Im Haushaltsentwurf seien weitere Kürzungen bei den Zuwendungen für die Medienberatung NRW vorgesehen. Der Ansatz liege weit unter dem mit den Landschaftsverbänden vereinbarten Kostenplan und sei so knapp, dass die Medienberatung Schwierigkeiten bekommen werde, ihre Aufgaben ordentlich zu erfüllen. Die Piraten wollten das Angebot an Medienberatung für die Schulen stärken. Deshalb werde eine Ausstattung dem Kostenplan entsprechend als dringend erforderlich angesehen. Dazu würden entsprechende Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht.

Aus den dargelegten Gründen könnten die Piraten dem von der Landesregierung vorgelegten Einzelplan 05 nicht zustimmen.

**Sigrid Beer (GRÜNE)** meint, an den vorherigen Beiträgen werde deutlich, wie sorgsam und ausbalanciert der Haushaltsplanentwurf sei. Auf der einen Seite sehe dieser Kürzungen zulasten des Schulkapitels von immerhin 300 Millionen € vor, auf der anderen Seite werde auf der Ausgabenseite fast der gleiche Betrag zusätzlich vorgesehen.

Das Vorgehen der Landesregierung sei im Bundesländervergleich einmalig. In den Koalitionsverhandlungen sei es für das Programm der Landesregierung gelungen, die Demografieeffekte im System zu halten. Das gelinge in keinem anderen Bundesland in dieser Weise.

Gerade habe man zwei Szenarien gehört, die von ihrer Fraktion nicht nachvollzogen werden könnten. Die Rechnung mit den Schulverwaltungsassistenten – vom Grundsatz her sei das eine gute Einrichtung, die man ausbauen sollte – stelle eine Milchmädchenrechnung dar. Dazu verweise sie auf das, was die CDU als Berechnungsgrundlage in das Programm hineingeschrieben habe. Das bedeute nämlich für diese angesetzten 1.000 Kräfte in der Schule ein Jahressalär von 15.000 € auf einer vollen Stelle. Bei einem solchen Betrag man doch, was man dafür bekomme und mit welcher Qualität und Funktion gerechnet werden müsse. Es werde nicht noch eine zusätzliche, in der Regel auch unterbezahlte Schulsekretärin benötigt, vielmehr bräuchten die Schulen qualifizierte Leute, die das pädagogische Programm begleiteten.

Weiter bedeute das, dass sich die CDU offensichtlich von der Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Schulen, wie sie im Schulkonsens gemeinsam verabredet worden sei, verabschieden wolle. Das sei der Offenbarungseid der CDU.

Sie hätte zudem gedacht, dass Frau Vogt in der Vorbereitung auf die Haushaltsberatungen sich darüber informiert hätte, wie Haushaltsverfahren abläufen. Das Urteil zum Thema Fahrtkosten stamme vom 14. November, als das Kabinett längst seine Beschlüsse über die Aufstellung des Haushaltes gefasst und den Haushaltsentwurf dem Parlament zugeleitet habe. Sie begrüßte es, wenn die CDU die angekündigten Anträge vorlegte. Aber das bedeute, dieses Vorgehen werde nicht dem Vorwurf gerecht, dass das Land nicht konsequent genug spare.

An die Adresse der Piraten gerichtet wolle sie noch feststellen, dass das, was das Land bereits leiste, herausragend sei. Demografieeffekte fielen aber nicht vom Himmel, sondern würden langsam entwickelt. Sie bitte Frau Rydlewski die Frage zu beantworten, woher die 4.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer kommen sollten. Die Regierungskoalition bemühe sich in dem Ausbauprogramm, die zusätzliche Qualifikation von Sonderpädagoginnen zu verwirklichen. Aber so viele Lehrerinnen und Lehrer gebe es gar nicht auf dem Markt. Dafür müsste dann wahrscheinlich auch noch einmal ein Sonderprogramm aufgelegt werden, was nicht realisierbar sei.

Somit stelle dieser Einzelplan kein Wolkenkuckucksheim dar, bedeute kein Zurückrudern vom Schulkonsens, sondern er bilde eine solide Grundlage für den Haushalt. Sie danke der Landesregierung für den vorgelegten Haushalt, den die Grünen selbstverständlich unterstützten.

**Renate Hendricks (SPD)** hebt hervor, der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt sei ausgeglichen, der unter den Möglichkeiten des von der CDU umrissenen Spardiktats versuche, die pädagogischen Herausforderungen abzubilden. Das gelinge wohl insbesondere auch im Bereich Inklusion gut. Die Inklusion solle nicht zum Nulltarif umgesetzt werden. Frau Löhrmann habe darauf auch in der letzten Sitzung sehr deutlich hingewiesen und mit Zahlen belegt, wo der Haushalt bereits jetzt Stellen etwa für Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen und für die Ausbildung an den Universitäten enthalte.

Der von den Vertretern der CDU und der Piraten vorgelegte Spannungsbogen mache für sie deutlich, dass in der Tat häufig die Wahrheit in der Mitte liege. Die SPD wisse, dass nicht sehr große Sprünge möglich seien, aber wolle die Demografieeffekte im System belassen, um damit Schulentwicklung wie im Schulkonsens verabredet umzusetzen. Der von der CDU-Fraktion unterbreitete Vorschlag, 300 Millionen € „freizusetzen“ werfe die Frage auf, ob der Schulkonsens von der CDU noch mitgetragen werde. Die SPD-Fraktion fühle sich an den Schulkonsens gebunden und wolle diesen umsetzen, während die CDU-Fraktion jetzt aus dem System 300 Millionen € streichen wolle.

Zu den Klassenfahrten habe die CDU-Fraktion in deren Pressemitteilung darauf hingewiesen, das Ministerium müsse im Haushalt umschichten. Die SPD-Fraktion werde sich mit dem Thema Klassenfahrten im Haushaltsverfahren sehr verantwortungsbewusst auseinandersetzen, weil sie um das Problem wisse. Aber auch Umschichtungen könnten nicht von heute auf morgen erfolgen. Außerdem müsse geprüft werden, ob ein erhöhter Ansatz dafür erforderlich werde. Zurzeit wisse die SPD-Fraktion noch nicht, wie eine Lösung aussehen werde, aber es dürfe davon ausgegangen werden, dass sich ihre Fraktion diesem Thema widmen werde.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition habe das Landesinstitut aufgelöst und zusätzliche Kosten verursacht. Dadurch sei eine Landschaft geschleift worden, was für die Weiterentwicklung in Nordrhein-Westfalen nicht gut gewesen sei. Schwarz-Gelb habe Aufträge an die Universität Dortmund vergeben und die organisierte, formalisierte und geleitete Fortbildung in Nordrhein-Westfalen völlig zerschlagen. Wenn Rot-Grün mit dem Wiederaufbau anfangen, entspreche das der Wahrnehmung der Verantwortung gegenüber den Schulen und stelle keinen Luxus dar.

Sie bitte die anderen Fraktionen, dem Haushalt zuzustimmen. Für die SPD-Fraktion handele es sich um einen guten Haushalt, der hoffentlich auch entsprechend umgesetzt werden könne.

**Yvonne Gebauer (FDP)** pflichtet Frau Hendricks zwar bei, dass die Wahrheit in der Mitte liege, aber bezweifelt, ob das auf den Haushalt zutreffe. Danken wolle sie dem Ministerium und insbesondere Herrn Mohnen, dessen Tätigkeit in naher Zukunft ende, für die Beantwortung der vielen Fragen der FDP-Fraktion.

Da es in der Antwort auf Frage 2 heiße, die 50 Planstellen für neue Ganztagschulen seien für öffentliche Schulen vorgesehen, wolle sie wissen, ob so auch bei privaten Schulen vorgegangen werde.

Die Antworten auf die Fragen nach den Kürzungen bei Förderprogrammen, bedeuteten, die Katze im Sack zu kaufen, wenn gesagt werde, darüber, in welchen Bereichen Kürzungen bei der Förderung der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung erbracht werden sollten, werde erst später entschieden. Vielleicht könne bei dem Thema Schülerakademien und Schülerwettbewerben erklärt werden, dort bestehe noch ein zu nutzender Spielraum. Wenn darauf der Schwerpunkt der Kürzung liege, könne man dem vielleicht noch zustimmen, aber über die Bereiche Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung später zu entscheiden, einem solchen Vorgehen könne nicht gefolgt werden und das erschwere, dem Haushalt zuzustimmen.

In der Antwort auf die Frage 16 werde angegeben, dass es 714 Förderschulen gebe, während Ministerin Löhrmann in ihrer Pressekonferenz von 693 Förderschulen gesprochen habe. Sie bitte um Erläuterung dieser Diskrepanz.

Zur Frage 36 werde ein Demografiegewinn von 3.093 Stellen genannt. Auf eine diesbezügliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Weisbrich seien seinerzeit in der Antwort 1.300 Stellen ausgewiesen worden. Diese Differenz bitte sie ebenfalls zu erläutern.

Sie sehe an dieser Stelle davon ab, eine Haushaltsrede zu halten, wozu im Plenum hinreichend Gelegenheit bestehen werde. Der FDP-Fraktion liege sehr daran, einen großen Schwerpunkt auf die Qualität der Bildung zu setzen. Im Gegensatz zu Finanzminister Walter Borjans erblicke ihre Fraktion ein Problem, wenn Schulden gemacht würden. Gerade der Ausschuss für Schule und Weiterbildung, der für Kinder und Jugendliche zuständig sei, sollte deren Zukunft im Blick haben. Gelingen es nicht, diesen Kindern einen Schuldenberg zu hinterlassen, den diese auch noch abtragen könnten, werde man der Verantwortung nicht gerecht.

An drei Beispielen wolle sie die falsche Richtung aufzeigen. Nach Meinung der FDP-Fraktion müsse nicht über ein Landesinstitut ein Verwaltungsapparat mit 38 Stellen entstehen. Vielmehr solle die Arbeit eines solchen Instituts aus den vorhandenen Strukturen geleistet werden. Sicherlich seien Verbesserungen herbeizuführen, aber deswegen müsse nicht gleich ein neues Institut eingerichtet werden.

Zu dem Schulversuch PRIMUS wisse sie, dass es einen Parteitagsbeschluss der Grünen gebe, der damit ende, eine Schule für alle fest im Blick zu behalten. Dazu sage die FDP-Fraktion ganz klar, es gelte, die in Nordrhein-Westfalen vorhandenen Schulformen, die man hoffentlich noch länger haben werde, zu unterstützen und faire Bedingungen für alle Schulformen herzustellen. Deswegen werde der Schulversuch PRIMUS abgelehnt.

Zur Kenntnis genommen werde, dass im Rahmen der Inklusion Stellen und Fortbildungsmaßnahmen hinzukämen. Aber wenn ein Schwerpunkt auf dieses Thema Inklusion gesetzt werde, wie es von der Koalition getan worden sei und was von der FDP-Fraktion mitgetragen werde, weil diese Aufgabe alle wahrzunehmen hätten, müsse das auch über Geld deutlich gemacht werden. Für diese Aufgabe werde aber zu wenig Geld in die Hand genommen.

Aus den dargelegten Gründen werde die FDP-Fraktion den vorliegenden Haushaltsentwurf ablehnen.

**Klaus Kaiser (CDU)** betont, seine Fraktion beabsichtige nicht, den Schulkonsens aufzukündigen. Vielmehr achte diese darauf, dass die Administration den Sinn und Geist des Schulkonsenses umsetze.

Was die Finanzen angehe, neige er nicht dazu, ständig den Zeigefinger zu heben, um andere zu belehren. Allerdings sollte man einmal darauf zurückgreifen, was die Landesregierung von sich gebe. In einem Gutachten des Finanzministeriums werde davon gesprochen, dass innerhalb des Schulsystems Demografiegewinne in Höhe von 470 Millionen € nach Einrechnung des Schulkonsenses vorhanden seien. Daraufhin habe die CDU-Fraktion die Summe von 170 Millionen € für die Inklusion abgezogen und den Rest als Einsparvolumen genommen. Somit drehe es sich um eine sehr solide Rechnung seiner Fraktion.

Schulverwaltungsassistenten bedeuteten eine intelligente Art, Ressourcen zu schonen. Etwa zehn Prozent der Lehrerstellen befänden sich nicht im Unterrichtsgeschehen. Weil das sehr differenziert sei, dürfe nicht pauschal vorgegangen werden. Aber Lehrerinnen und Lehrer von Tätigkeiten zu entlasten, für die sie eindeutig zu hoch bezahlt und für die sie nicht ausgebildet seien wie das Warten eines Computerraumes, erscheine sinnvoll, sodass es vernünftig sei, verstärkt Schulverwaltungsassistenten einzusetzen. Im Regierungsbezirk Arnsberg habe man damit gute Erfahrungen gewonnen.

Da diese Landesregierung nicht in der Lage sei, den Haushalt pünktlich zum 1. Januar eines Jahres umzusetzen, verhalte es sich so, dass bei einem Vorschlag der CDU-Fraktion, Schulverwaltungsassistenten einzusetzen, gesagt werde, dass diese frühestens zum 1. Juli eingestellt würden, wodurch sich natürlich das von Frau Beer errechnete Jahresgehalt von 15.000 auf 30.000 € verdoppele. Denn natürlich habe man für 2013 die Kosten nur für ein halbes Jahr eingerechnet. Mit einem solchen Jahreseinkommen bewege man sich im normalen Besoldungsbereich A 9 bis A 12 und dürfte es gelingen, qualifizierte Leute zu gewinnen.

**Sigrid Beer (GRÜNE)** regt an, sich gemeinsam die Zahlen anzusehen, da dieses Projekt Schulverwaltungsassistenten von der CDU fortgeschrieben werde. In der Februar-Sitzung werde man sich über die Grundlage der Berechnung und die Auswirkungen des Vorhabens unterhalten können. Vielleicht könne dann auch Klarheit geschaffen werden über die Aufgaben des Landesinstitutes. Auch gegenüber der FDP müsse noch einmal verdeutlicht werden, dass das Landesinstitut eine Unterstützungsagentur für Schulen sein werde und kein Verwaltungsapparat. Ein solches Institut bedeute keinen Bürokratieaufbau. Für die Schulen gehe es um Diagnoseentwicklung, Lernstandserhebung, Qualitätsentwicklung und alles das, was vor Ort gemacht werde. Nordrhein-Westfalen sei das einzige Bundesland, das es sich geleistet habe, nicht mehr eine solche zentrale Einrichtung zu haben. Auf diese Weise habe Schwarz-Gelb hinsichtlich der Fortbildungslandschaft Tabula rasa gemacht. Fast zwei Jahre habe man darauf warten müssen, bis die Kompetenzteams aus der Taufe gehoben worden seien. Es sei eine sehr uneinheitliche Fortbildungslandschaft entstanden, bei der es an einem systematischen Ansatz fehle und die sich nach bestimmten Beliebigkeiten vor Ort zusammensetze. Diesbezüglich bedürfe es einer an-

deren Aufstellung. Deswegen bilde das Landesinstitut eine wichtige Unterstützungs-konstruktion auch für die Schulen vor Ort.

Man könne immer über die Fort- und Weiterentwicklung nachdenken. Seinerzeit hätte man sich gewünscht, wenn konstruktiv darüber geredet worden wäre, wie sich das Landesinstitut für die Zukunft hätte aufstellen müssen. Aber die Beseitigung des Instituts und das Fehlen von Maßnahmen, sodass eine Fortbildungsbranche hinterlassen worden sei, hätten die Schulen über Jahre beschwert. Mit dieser schwarz-gelben Hinterlassenschaft werde jetzt aufgeräumt.

Sie begrüße die Erklärung von Herrn Kaiser, es solle nicht am Schulkonsens gerüttelt werden. Dieser sei auch für die Grünen verbindlich. Dazu gehöre aber auch der Schulversuch PRIMUS. Das sei genau die von den Grünen gewollte Schulentwicklung vor Ort. Das gelte für die Schule Berg Fidel, die im Augenblick ihr Konzept sehr gut darstelle, und für die anderen Schulen, die sich im Land aufmachten, weil diese die gemeinsame Schulentwicklung von der Klasse 1 bis Klasse 10 für die Kinder für richtig hielten und eine pädagogische Konzeption dafür hätten. Das werde diesen Schulen nicht untersagt. Während die FDP wohl weiter an dem gegliederten Schulwesen bis zum Ende aller Zeiten festhalte, setzten die Grünen auf die Schulentwicklung vor Ort. Durch den Schulkonsens seien die entsprechenden Anstöße gewinnbringend gesetzt worden.

**Staatssekretär Ludwig Hecke (MSW)** weist darauf hin, dass die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Summe von 300 Millionen € 6.000 Lehrerstellen bedeute. Somit schlage die CDU konkret vor, 6.000 Lehrerstellen bei gleichzeitiger Schaffung von Schulverwaltungsassistentenstellen zu streichen. Darüber hinaus stelle die CDU-Fraktion 170 Millionen € zur Disposition, die, wenn er das richtig lese, für Ganztagsausbau und Inklusion an die Kommunen gehen sollten. Wenn das zuträfe, bedeutete das eine weitere Streichung von 3.000 Lehrerstellen. In der Summe schlage die CDU demnach die Streichung von 9.000 Lehrerstellen vor. Er bitte die CDU-Fraktion, das noch einmal fachlich in aller Ruhe zu prüfen, und er wäre dankbar, wenn sie erkläre, ob sie tatsächlich beabsichtige, in den nächsten Jahren 9.000 Lehrerstellen zu streichen. Die Summe sei immer das eine. Bei der Konsolidierung des Landeshaushaltes erscheine nachvollziehbar, dass man händeringend nach Mitteln suche. Die Frage der konkreten Auswirkung sei aber das andere.

Die Schulverwaltungsassistenten als solche beurteile die Verwaltung ebenfalls positiv. Wenn allerdings die CDU-Fraktion sage, entlasten zu wollen, gleichzeitig aber entsprechende Lehrerstellen wegnehme, führe das nicht zu einer Entlastung der Lehrer, sondern Lehrerstellen würden gestrichen und ersetzt durch die Hälfte von Schulverwaltungsassistenten. In der Summe bedeute das, dass die Lehrer nicht entlastet, sondern real belastet würden, weil sich dann deutlich weniger Lehrer im System befänden. Die pro Jahr für eine Schulverwaltungsassistentenstelle offensichtlich gerechnete Summe passe nicht. Grundsätzlich sei der Einsatz von Schulverwaltungsassistenten durchaus sinnvoll. Möglicherweise habe die CDU-Fraktion die alten Regelungen, die nur ein Drittel der Kosten aufwiesen, als es um Personal gegangen sei, das im Landesdienst nicht mehr erforderlich gewesen sei, überrollt. Das passe

aber bei der vorgeschlagenen Summe nicht, es sei denn, die CDU-Fraktion verträte die Auffassung, dass das Land 3.000 Stellen in der Landesverwaltung über habe, die dort eingesetzt werden könnten. Träfe dieser Sachverhalt zu, müsste anders darüber geredet werden. Diese Personen müssten aber weiterhin die bisherigen Bezüge erhalten. Über dieses Konzept sollte man sich noch einmal intensiver unterhalten.

Zu den Klassenfahrten sei schon weitgehend das Notwendige gesagt worden. In den letzten Jahren habe es hierfür eine nicht unerhebliche Erhöhung von 2 Millionen auf 6 Millionen € gegeben. Trotzdem finde diese Diskussion jetzt statt. Insofern bringe eine bloße Ansatzserhöhung nicht die Problemlösung. Vielmehr müsse gründlich vorgegangen werden. Dabei sei über eine Neufassung der „Fahrt- und Wanderrichtlinien“, eine ziemlich antiquierte Formulierung, nachzudenken, und über das Thema Schulfahrten müsse insgesamt geredet werden. Dies bedürfe einer intensiveren Debatte, weil der Dreiklang Urteil, hoher pädagogischer Stellenwert, den das Ministerium in diesen Fahrten auch sehe, und finanzielle Notwendigkeiten des Landes an der Stelle natürlich bedeute, dass man nicht einfach die Summe erhöhen könne. Frau Beer habe bereits darauf hingewiesen, dass dieses Urteil und dessen Ausfertigung zu einem Zeitpunkt gekommen sei, als der Landeshaushalt bereits vom Kabinett aufgestellt und beschlossen gewesen sei. Das Ministerium habe das getan, was ihm möglich gewesen sei, indem sofort nach Bekanntwerden des Urteils alle Mittel zur Bewirtschaftung im Jahre 2012 freigegeben worden seien.

Zum Landesinstitut habe Frau Beer das fachlich Erforderliche ausgeführt. Hierbei würden in erheblichem Umfang schon vorhandene Stellen übernommen. Einmal gehe es um die Tatsache, dass aus dem alten Landesinstitut stammende Stellen im Ministerium in dieses Institut hinübergenommen würden. Somit handele es sich nur zu einem kleineren Anteil um neue Stellen. Bei den neuen Stellen drehe es sich auch nicht um zusätzliche Stellen, sondern diese würden im Rahmen einer Prioritätensetzung anders eingesetzt als bislang.

Zu den Fragen der FDP-Fraktion verweist der Staatssekretär darauf, die Ersatzschulen würden aus einem anderen Kapitel finanziert. Das gelte auch für die Ersatzschulen im Ganztage. Die fünf Anträge, die dieses Jahr genehmigt werden könnten, würden darüber finanziert. Es gebe also insoweit eine Gleichbehandlung zwischen den Ersatzschulen und den anderen Schulen.

Der Schulentwicklungsfonds – das betreffe die Frage 8 – enthalte eine relativ große Summe insgesamt. Bei einzelnen Maßnahmen komme es immer wieder einmal zu Verzögerungen, und es entstünden Einsparmöglichkeiten. Insofern liege hier ein klassischer Titel vor, bei dem nicht im Vorhinein genau gesagt werden könne, wo die Einsparung erbracht werde. Die zu erbringende Einsparsumme kenne man. Diese werde sicherlich auch erwirtschaftet. Er bitte aber um Verständnis, dass jetzt noch keine genauen Summen genannt werden könnten. Das sei erst nach Verabschiedung des Haushaltes möglich, wenn über die Gesamtzahlen Klarheit herrsche und das Jahr weiter fortgeschritten sei, sodass deutlich werde, wo sich die Schwerpunkte befänden.

**MR Thomas Frein (MSW)** antwortet ergänzend, die Diskrepanz zwischen 714 und 693 Stellen komme dadurch zustande, dass die Förderschulen im Bereich des Berufskollegs in den 693 nicht enthalten seien.

Seinerzeit sei in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage ein Demografiegewinn von 1.300 Stellen genannt worden. Die scheinbar große Diskrepanz zu der jetzigen Zahl von knapp 3.100 gehe darauf zurück, dass damals bei der Kleinen Anfrage der Bedarfsrückgang, der durch die Entlassung des doppelten Abiturjahrgangs entstehe, gesondert ausgewiesen worden sei, aber jetzt mit eingerechnet sei.

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 05 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten an.